

Integration wagen – Rechtsstaatlichkeit sichern!

Positionspapier der Handwerkskammer Dresden und der Industrie- und Handelskammer Dresden

In Anbetracht der aktuellen Flüchtlingsströme in Europa und der sich daraus für die Gesellschaft ergebenden Herausforderungen haben die Spitzen der Handwerkskammer Dresden und der Industrie- und Handelskammer Dresden Positionen der ostsächsischen Wirtschaft formuliert. Diese Positionen sind geprägt

- vom Mitgefühl mit den auf der Flucht befindlichen Menschen,
- von der Sorge vieler Unternehmer und deren Mitarbeiter, dass momentan Politik und Verwaltung noch nicht die richtigen Konzepte zur Beherrschung dieser Sondersituation haben,
- von der Angst vieler Menschen, dass unserer Gesellschaft in dieser Situation die Fähigkeit zu einem ehrlichen und nicht polarisierenden Dialog verloren geht und
- der Erwartung der Wirtschaft, dass ihre demokratisch legitimierten Interessenvertreter in dieser Situation Verantwortung übernehmen, ihre Mitgliedsunternehmen für diese schwierige Situation sensibilisieren und gemeinsam mit den ostsächsischen Unternehmen nach Lösungsansätzen suchen.

Positionen:

1. Das Grundrecht auf Asyl ist ein hohes Gut, das für politisch verfolgte und an Leib und Leben bedrohte Menschen gesichert zur Verfügung steht.
2. Der Anspruch auf Asyl erfordert von Politik und Verwaltung die Unterbringung der geflüchteten Menschen in würdigen Unterkünften und unter Bedingungen, die dem Niveau eines hochentwickelten Landes entsprechen.
3. Die Herkulesaufgabe besteht in der Integration der Menschen mit Bleiberecht mit all ihren kulturellen und ethnischen Wurzeln, Besonderheiten und auch Konflikten. Verunsicherungen bei vielen Menschen in ganz Deutschland müssen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ernst genommen werden. Dies beinhaltet auch, dass sich alle in Deutschland lebenden Menschen zum Grundgesetz und den demokratischen Werten unseres Landes bekennen.
4. Die Diskussion dieser Herausforderungen und der Konsequenzen muss sachlich und respektvoll geführt werden. Hier sind alle Bürger, besonders Politiker, Unternehmer und Arbeitnehmer gefordert, sich einzubringen.
5. Jeglichen Tendenzen der Radikalisierung der Gesellschaft beim Thema Asyl ist entgegenzuwirken.
6. Extremismus in jeder Form wird eine Absage erteilt – der Standort Sachsen kann nur durch Weltoffenheit für Unternehmen und Fachkräfte attraktiv sein.

7. In der gesellschaftlichen Diskussion ist eine klare Trennung zwischen dem Grundrecht auf Asyl und dem in verschiedenen Bereichen benötigten arbeitsmarktbedingten Zugang zu ziehen. Hierzu bedarf es klarer zugewanderungsrechtlicher Regeln.
8. Das Asylrecht ist ein Element des deutschen Rechtsstaates. Es bedarf daher der Durchsetzung der Autorität und Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit im gesamten Asylverfahren. Dies betrifft beispielsweise die Dauer der Verfahren, die Grundsätze der Entscheidung zu den Anträgen, die Anerkennungsverfahren für vorhandene Qualifikationen und die Rückführung abgelehnter Asylbewerber.
9. Der Spracherwerb ist für alle Asylbewerber und Flüchtlinge die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration – die bestehenden Kursangebote sind auszuweiten und zum verbindlichen Bestandteil des Integrationsprozesses zu erklären.
10. Die Wirtschaft ist bereit, diese Menschen zu fördern durch Angebote offener Stellen und Ausbildungsplätze sowie durch Berufsorientierung. Voraussetzung sind Grundsprachkenntnisse und ein gekläarter Status des Aufenthalts in Deutschland.

Handwerkskammer Dresden

Industrie- und Handelskammer Dresden


Dr. Jörg Dittrich
Präsident


Dr. Andreas Brzezinski
Hauptgeschäftsführer


Dr. Günter Bruntsch
Präsident


Dr. Detlef Hamann
Hauptgeschäftsführer